

Bewahrung der Schöpfung

Großbaustelle Energiepolitik

Von der Suche nach dem Atomendlager bis zur Energiewende: Die Energiepolitik in Deutschland ist derzeit eine einzige große Baustelle.

Von Bruno Sonnen

Es läuft an vielen Stellen nicht rund in der Energiepolitik. Das fängt beim Streit um die Stromtrassen an und hört bei der Debatte um die Standorte von Windrädern nicht auf. Der „Paulinus“ greift beispielhaft drei Bereiche auf.

Baustelle Atomkraft: Wieder ein Atomkraftwerk weniger am Netz: In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni wurde das AKW Grafenrheinfeld bei Schweinfurt wie geplant abgeschaltet. Eine Beeinträchtigung der Stromversorgung war anschließend nicht festzustellen. Grafenrheinfeld wird aber weiter Atomstandort sein: Das Atommüllzwischenlager unmittelbar neben dem Reaktorgebäude hat eine Betriebsgenehmigung bis 2046. Im übrigen wird der Rückbau der Atomkraftwerke noch über Jahre „Arbeitsplätze sichern“, worauf Schwarzmalter und Systembewahrer bekanntlich gerne pochen. Auch die Frage nach der „Endlage-

rung“ des strahlenden Mülls wird die Gesellschaft noch eine Weile beschäftigen: Die seit Mai 2014 arbeitende Endlager-Suchkommission des Bundes will bis 2016 Kriterien aufstellen, damit ergebnisoffen nach einem Endlagerstandort in Deutschland gesucht werden kann. Bis 2031 soll ein solcher Standort dann gefunden sein. Die Ausgaben dafür könnten in den kommenden Jahrzehnten auf 50 bis 70 Milliarden Euro ansteigen. Darauf hat der Chef der Kommission, der SPD-Politiker Michael Müller, hingewiesen. Das würde die „Rückstellungen“ der Energieversorger deutlich übersteigen. Die vier großen Stromkonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall haben für den Abriss ihrer Atomkraftwerke sowie für Zwischen- und Endlagerung des Mülls nur 36 Milliarden Euro vorgesehen, und ohnehin ist derzeit unklar, ob diese Summe real vorhanden ist oder nur in den Büchern steht.

Nicht wirklich klar ist auch, wie es im maroden Bergwerk Asse bei Wolfenbüttel weitergeht, wo einst erforscht werden sollte, ob man hier Atommüll endlagern kann. Atomwülfchen wurden dann schon mal reingekippt. Die derzeit geltende Beschlusslage sieht eine Räumung in den kommenden Jahrzehnten vor, es gibt aber auch



Demonstration gegen die geplante Flutung des Atommüllendlagers Asse und für eine Rückholung des Atommülls mit anschließender Unterschriftenlistenübergabe an Bundesumweltminister Altmaier 2012 in Berlin. Foto: Imago

Experten, die das für unmöglich, weil zu gefährlich, halten. Unterdessen rosten die Atommüllfässer dort weiter vor sich hin.

Baustelle Kohle: Der Widerstand gegen die klimaschädlichste Energie hat zuletzt zugenommen. Erst vor wenigen Tagen gab es massive Proteste gegen den Braunkohletagebau Garzweiler in Nordrhein-Westfalen. Während RWE an der Kohle festhält, will Vattenfall seine Kohleförderung im Os-

ten Deutschlands verkaufen. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat seine Pläne für eine Kohleabgabe in der Schublade verschwinden lassen. Stattdessen sollen jetzt die Betreiber Steuergelder dafür erhalten, dass sie Kohleleimer als Reserve vorhalten für den Fall, dass die Sonne mal nicht scheint und kein Wind weht.

Baustelle Bürgerenergie: Bisher war die Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien auch eine der

mittlerweile über 900 Bürgerenergiegenossenschaften in Deutschland. Die jüngsten Reformen bremsen diese aber aus. Ein Stichwort dabei ist die „Ausschreibungspflicht“. Das bedeutet, wer Förderung für den Sonnen- oder Windstrom, den er produziert, bekommen will, muss an einem Ausschreibungswettbewerb der Bundesnetzagentur teilnehmen. Den gewinnt, wer mit seinem Projekt den günstigsten Strom her-

stellt, sich also mit geringen Fördergeldern zufrieden gibt. Damit würden die Genossenschaften gegenüber den „Großen“ eindeutig benachteiligt, kritisieren nicht nur Greenpeace und das Bündnis Bürgerenergie (BBE), ein bundesweiter Zusammenschluss von rund 500 000 Energiebürgern. Anfang August haben neun Länderminister, darunter die rheinland-pfälzische Energieministerin Eveline Lemke, den Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht zugunsten der Bürgerenergie und kleinerer Akteure zuzulassen, um „den Erhalt von Bürgerenergie zu gewährleisten“. Das Ausschreibungsverfahren sei „viel zu kompliziert und unübersichtlich“, meint auch Mario Bräuer vom Vorstand der „Südeifel Strom“, die mit 500 Mitgliedern und bisher 14 realisierten Projekten zu den aktivsten und erfolgreichsten Bürgerenergiegenossenschaften gehört. Die ersten beiden Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur für Photovoltaikflächen bestätigen die Befürchtungen: Kein einziges Bürgerenergieprojekt hat einen Zuschlag erhalten. Und was derzeit noch bei den Flächen-Solarparks getestet wird, soll bald für alle erneuerbaren Energien gelten.

Ein Energieriese muss umbauen

Der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns RWE, Peter Terium, hat für eine „Energiewende ohne Brüche“ geworben.

Auch wenn der Umbau in Richtung erneuerbare Energien gelinge, brauche die Bundesrepublik noch im Jahr 2050 konventionelle Kraftwerke als Reserve, sagte der Konzernchef am 17. August bei einer Diskussionsveranstaltung in der katholischen Akademie „Wolfsburg“ des Bistums Essen in Mülheim an der Ruhr. Es bringe daher nichts, alle konventionellen Kraftwerke „wegzusaniern“. Ziel müsse ein „evolutionärer Wandel zu überschaubaren Kosten“ sein.

Der zweitgrößte deutsche Energieversorger RWE stemmt sich derzeit mit einem radikalen Konzernumbau gegen seine Krise. Der Aufsichtsrat billigte kürzlich einstimmig die Pläne von Terium, die Zahl von rund 100 Tochtergesellschaften um etwa ein Drittel zu reduzie-

ren, um Bürokratie abzubauen und Entscheidungen zu beschleunigen. Damit geht das Unternehmen nicht so weit wie Konkurrent E.ON, der seine gesamten Kohle-, Atom-, Gas- und Wasserkraftwerke in eine neue Gesellschaft ausgliedert und sich selbst künftig allein auf Vertrieb, Netzbetrieb und Ökostrom konzentriert.

Stromnetz auf dezentrale Erzeuger ausrichten

Terium schloss nicht aus, dass RWE auch diesen Weg gehen könne, wenn die Entwicklung der Strompreise oder politische Rahmenbedingungen dazu zwingen. Das Unternehmen leidet angesichts der Energiewende und des Booms erneuerbarer Energien unter einem heftigen Verfall der Strompreise im Großhandel. Das lässt die Gewinne dramatisch sinken. Wachsen will RWE künftig vor allem im Geschäft mit dem Stromnetz, das stärker auf viele dezentrale Erzeuger ausgerichtet wird, und bei den erneuerbaren

Energien mit der Tochter RWE-Innogy.

Der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck forderte, in der Energiepolitik nicht nur an Europa zu denken. Ursache des gegenwärtigen Flüchtlingsproblems seien auch Energie- und Klimafragen, sagte er. Das westliche Wohlstandsmodell und der Fortschrittsbegriff müssten überdacht werden. Der Schutz der natürlichen Ressourcen sei auch wichtig für die künftige Energiegewinnung, betonte er mit Hinweis auf den Erhalt der Amazonaswälder.

Auch der Chef des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, Uwe Schneidewind, betonte, das herrschende Wohlstandsmodell des Westens sei angesichts des Wachstums der Weltbevölkerung nicht zukunftsfähig.

Nordrhein-Westfalens Energieminister Garrelt Duin (SPD) erklärte, die Unternehmen in Deutschland bräuchten „verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen“. Und Energie müsse dabei bezahlbar bleiben. KNA

Die grüne und die rote Falle

Nachhaltiges Wirtschaften hat der Agrar- und Ökoexperte Andreas Bürkert in Neuwied beleuchtet.

Wie können Landwirtschaft und nachhaltiges Wirtschaften weltweit am besten zur Sicherung von Lebensunterhalt und Ernährungssicherheit einer wachsenden Weltbevölkerung beitragen? Dieser Frage ging Prof. Dr. Andreas Bürkert, Professor für Ökologischen Pflanzenbau und Agrarökosystemforschung in den Tropen und Subtropen an der Universität Kassel, in einer Veranstaltung in Neuwied beim Internationalen Christlichen Friedensdienst „Eirene“ nach.

Bürkert, der in jungen Jahren bei „Eirene“ einen Freiwilligendienst geleistet hat und später mit seiner Schwester die „Eirene“-Stiftung gründete, sieht in der Abkopplung des Menschen von der Natur eine Gefahr der Entfremdung des Menschen. Er verwies darauf, dass

viele Vorschläge zur Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion, die von der Entwicklungszusammenarbeit auf den Weg gebracht wurden, nicht im Einklang mit den kulturellen Gewohnheiten standen und deshalb kaum Eingang in die Lebenspraxis der Zielgruppe fanden: Der Solarkocher setzte sich in der Sahelzone Afrikas vor allem deshalb nicht durch, weil niemand in der prallen Sonne kochen wollte, sondern erst am kühlen Abend am Feuer.

Bürkert warnte vor zwei Fallen. Als „grüne Falle“ bezeichnet er eine Entwicklung, bei der traditionelles Wirtschaften angesichts starken Bevölkerungswachstums und wachsender Ressourcenschöpfung Menschen keine Perspektive bietet und sie letztlich zur Auswanderung zwingt. Als Beispiel nannte er die Sahelzone. Eine nachhaltige Entwicklungsunterstützung sieht Bürkert in der Förderung regionaler Märkte durch Veredelung einheimischer Produkte. Ohne eine solche Entwicklung vor Ort müsse mit im-

mer größeren Flüchtlingsströmen aus den Ländern der Subsahara nach Europa gerechnet werden, weil vor Ort ein menschenwürdiges Leben für große Teile der Bevölkerung nicht möglich sei.

In die „rote Falle“ tappe, wer die industrielle Produktion ohne Rücksicht auf den Ressourcenverbrauch vorantreibt. So führe etwa in China ein wachsender Fleischkonsum großer Bevölkerungsgruppen und die Massenproduktion von Billigwaren zur Ausbeutung der Natur: Maisanbau und intensive Fleischproduktion tragen zur Klimaerwärmung bei; der Verbrauch von Grundwasser lässt den Grundwasserspiegel sinken. Im Großraum Peking wurde während der Olympischen Spiele 2008 die schadstoffintensive industrielle Produktion einfach abgeschaltet, um einen blauen Himmel zu erzeugen, berichtete Bürkert, jetzt sei die Stickoxid- und Feinstaubbelastung der Luft in diesem Ballungsgebiet, aber auch in vielen anderen Teilen Chinas wieder unerträglich geworden. red

Ackerbohnen als Sojaersatz

Zu einer Hofbesichtigung hat sich die „Aktion 3. Welt Saar“ in den Westerwald aufgemacht.

Lohnt der Anbau einheimischer Eiweißpflanzen wie den Leguminosen Ackerbohnen und Futtererbsen? Und kann damit Soja in der Fütterung des Milchviehs ersetzt werden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Hofbesichtigung auf dem Birkenhof von Randy und Sandra Aller in Vielhach im Westerwald. Organisiert wurde die Tour für die 15-köpfige Besuchergruppe von der Aktion 3. Welt Saar und dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM), Landesverband Saar.

Die Antwort vorneweg: „Ja, es lohnt, Ackerbohnen als Sojaersatz sind für mich eine Erfolgsgeschichte“, sagt Milchbauer Randy Aller. Auf seinem Hof bewirtschaftet er mit seiner Frau Sandra

und seinem Sohn Markus konventionell 70 Hektar, davon 25 Hektar Grünland. Aktuell hat er 45 Milchkuhe, 50 weibliche Nachzucht und zehn Jungbullen, bis maximal ein Jahr alt.

„Weil ich Gentechnik ablehne, habe ich mich 2006 entschieden, kein Soja mehr aus Übersee dazu zu kaufen und stattdessen Ackerbohnen und Futtererbsen anzubauen“, berichtet Aller. Zunächst waren es ein Hektar Bohnen, heute sind es fünf bis acht Hektar mit einem Ertrag von viereinhalb bis fünfzehn Tonnen pro Hektar. Den Anbau von Futtererbsen hat er wieder eingestellt, obwohl der Ertrag und die Fütterung an das Vieh keine Probleme machte. Allerdings blieb die Fütterung an Vieh die Ausnahme, weil Taubenschwärme die Erbsen im Frühjahr auch als Futter entdeckten. Da mit der Kreisverwaltung wegen der engen naturschutzrechtlichen Vorgaben keine Einigung über den Abschuss der Tauben zu erzie-

len war, stellte er den Anbau wieder ein. Das Problem mit Tauben sei aber meist geographisch begrenzt und die Ausnahme. Mit den Ackerbohnen gibt es diese Probleme nicht, auch der Mähdrischer verarbeitet sie im August problemlos. Lediglich vom Anbau von Winterbohnen hat er Abstand genommen, weil die Februar-Wechselfröste im Westerwald meist sehr stark sind. Wichtig sei es, die Bohnen möglichst früh – spätestens im März – via Direktsaat in den Boden zu bringen. „Bohnen hinterlassen eine schöne Boden- und Krümmelstruktur.“

„Das, was hier steht, ist bezahlt“

Pro Kuh und Tag verfüttert er 1,3 Kilogramm Ackerbohnen. Die Milchleistung liegt bei etwas über 8000 Litern, vorher, bei ausgefeilter Hochleistungsfütterung etwa 10 000 Liter. Die Kühe sehen gut aus und sind gesund. Milchfieber



Landwirt Randy Aller (links) mit der Besuchergruppe aus dem Saarland im Ackerbohnenfeld. Foto: Aktion 3. Welt Saar

kommt ihm wie ein Fremdwort aus vergangenen Zeiten vor. Die Anzahl an Fruchtbarkeitsstörungen ist deutlich gesunken.

„Das, was hier steht, ist bezahlt“, sagt Randy Aller, während er auf Stallungen, Maschinen und Ländereien zeigt. Es drückt nicht nur den Stolz auf das Geleistete aus, sondern auch das Streben nach Auto-

nomie und Kontrolle über die eigenen Tätigkeiten. Und es symbolisiert den Wunsch, aus dem Hamsterrad des „immer mehr und weiter so wie bisher“ Schritt für Schritt auszusteigen. Beeindruckt von der Hofbesichtigung ist auch Joachim Boesen vom BDM Saarland: „Wir haben heute viel gesehen, was wir anders gelernt haben.“

Info

Die Hofbesichtigung fand im Rahmen des Projektes „ERNA – Für eine faire Landwirtschaft weltweit“ statt. ERNA steht für Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit. In dem Projekt, in dem auch der BDM mitwirkt, vernetzt die Aktion 3. Welt Saar Bauern, Dritte-Welt-Engagierte, Naturschützer und – bundesweit einzigartig – Gewerkschaften (der „Paulinus“ berichtete). Mehr Informationen unter www.erna.a3wsaar.de sowie www.a3wsaar.de.